

Herr
Bundesrat Didier Burkhalter
Vorsteher des Eidgenössischen
Departements des Innern
Inselgasse 1
3003 Bern

Basel, 9. September 2011

**SwissDRG
Vorbereitung der «SwissDRG-Verordnung»
Kreisschreiben Nr. 7.1 des BAG**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Burkhalter

Nachdem der nationale Tarifvertrag zwischen dem Verband der Schweizer Spitäler H+ und dem Versicherungsverband santésuisse nicht zustande gekommen ist und eine Verordnung zur Regelung des Datenflusses zwischen Spitälern und Versicherern in Aussicht gestellt wurde, erlauben wir uns höflich, unserer gelinden Irritation über das Kreisschreiben Nr. 7.1 des Bundesamtes für Gesundheit vom 25. August 2011 («Datenschutzkonforme Organisation und Prozesse der Krankenversicherer») Ausdruck zu verleihen und unsere Erwartungen an die ersatzweise Regelung durch eine Verordnung zu formulieren.

Kreisschreiben Nr. 7.1 des BAG

privatim, die Vereinigung der schweizerischen Datenschutzbeauftragten, hat schon mehrfach festgehalten, dass eine systematische Weitergabe detaillierter Angaben zu Diagnosen und Behandlungen mit jeder Rechnungsstellung unverhältnismässig und damit rechtswidrig sei. Das Bundesverwaltungsgericht hatte früher in ähnlichem Zusammenhang entschieden, dass das Verhältnismässigkeitsprinzip immer zu beachten ist. Mit der Einführung der Fallkostenpauschalen wurde diese Rechtslage nicht geändert.

Das erwähnte Kreisschreiben verlangt nun diese systematische Übermittlung von medizinischen Daten für die Fallkostenpauschalen (S. 6) und fordert die Versicherer sogar auf, ohne substantiierte Rechnungsstellung keine Zahlungen zu leisten (S. 7). Damit werden sowohl die Bestim-

mungen des KVG verletzt als auch ein unzulässiges Präjudiz für eine Regelung des Datentransfers auf Verordnungsebene geschaffen.

Wir geben unserer Hoffnung Ausdruck, dass in dieser Frage nicht vorgefasste Meinungen bestehen, die um jeden Preis und ungeachtet der Rechtslage durchgesetzt werden sollen.

Keine systematische Weitergabe detaillierter Diagnose- und Behandlungsangaben mit jeder Rechnungsstellung

Bei der in Aussicht gestellten Verordnung kann es sich nur um eine Konkretisierung der bestehenden Rechtslage handeln. Art. 42 KVG sieht bei der Rechnungsstellung eine verhältnismässige Übermittlung von medizinischen Daten in einem zweistufigen Prozess vor, wobei die Verordnung die Daten bezeichnen und den Prozesse konkretisieren kann.

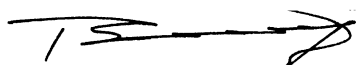
In der Verordnung kann keine systematische Übermittlung detaillierter Diagnose- und Prozeduren-Angaben mit jeder Rechnungsstellung vorgeschrieben werden. Wir ersuchen Sie deshalb eindringlich, davon abzusehen.

Um den Grundrechtsschutz und das Patientengeheimnis zu wahren, wäre es zudem viel effektiver, endlich eine wirksame Kodierrevision vorzusehen. Dadurch könnte mit pseudonymisierten Daten, also ohne Verletzung des Patientengeheimnisses, die Korrektheit der Codierung durch die Leistungserbringer kontrolliert werden. Damit zu verbinden wäre die Möglichkeit der Sanktionierung bei übermässigen Abweichungen.

privatim steht Ihnen bei der Ausarbeitung einer Verordnung bezüglich SwissDRG gerne zur Verfügung.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesrat Burkhalter, für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen



Dr. Bruno Baeriswyl
Präsident privatim



Dr. Beat Rudin
Vorsitzender der privatim-
Arbeitsgruppe Gesundheit

Kopien zur Kenntnis an:

- Herr Pascal Strupler, Direktor des Bundesamtes für Gesundheit, 3003 Bern
- Herr Hanspeter Thür, Eidgenössischer Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragter, Feldeggweg 1, 3003 Bern
- alle kantonalen Datenschutzbeauftragten
- Website www.privatim.ch